

Inhalt

Vorwort zur neunzehnten Auflage.....	5
Abkürzungsverzeichnis	19

Begriff, Funktion und System

Steuern	25
Die Ertragsteuern im Licht der Grundfreiheiten des AEUV.....	25
1. Die Abgabenautonomie der Mitgliedstaaten	25
2. Die Grundfreiheiten des AEUV	26
3. Die Begrenzung der nationalen Steuerautonomie durch die Grundfreiheiten des AEUV.....	26

Die Einkommensteuer

I. Das Leistungsfähigkeitsprinzip – Markteinkommensbesteuerung	29
1. Der historische Ursprung – die finanzwissenschaftliche Basis.....	29
2. Die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes	30
3. Das Leistungsfähigkeitsprinzip in der Lehre.....	32
4. Die Progression	36
5. Die Periodisierung.....	39
6. Leistungsfähigkeit, Periodisierung, Progression und Endbesteuerung	40
7. Das Konzept der relativen Sicherheit.....	44
8. Liebhaberei.....	45
9. Einkünftezurechnung.....	49
10. Territorialitätsprinzip.....	53
II. Unbeschränkte und beschränkte Steuerpflicht (§ 1)	54
III. Steuergegenstand.....	60
1. Einkommen, Einkünfte, Einkunftsarten	60
2. Verlustausgleichssperren	61
3. Die sieben Einkunftsarten	62
4. Abzugsverbote (§ 20).....	95
5. Das subjektive Nettoprinzip	103
6. Außergewöhnliche Belastungen und Kinderlasten	103
7. Jahressteuer – Periodenprinzip	106
8. Sonderausgaben.....	108

IV.	Tarif	109
1.	Der progressive Staffeltarif nach § 33.....	109
2.	Absetzbeträge	110
3.	Halber Durchschnittssteuersatz	112
4.	Anwendungsfälle für den halben Durchschnittssteuersatz.....	112
5.	Fixsteuersatz.....	113
6.	Fünftelbefreiung und Halbsatz	113
7.	Verteilung auf mehrere Jahre („Mehrperiodenbesteuerung“)	113
8.	Lohnsteuer.....	114
9.	Lineare Steuer nach § 27a und § 30a	114
10.	Die Gleichmäßigkeit der Besteuerung (Art 7 B-VG).....	116
11.	Schulderlass in Insolvenzverfahren (§ 36)	118
12.	Sozial- und lenkungspolitische Maßnahmen.....	120
V.	Das Zufluss-Abfluss-Prinzip.....	120
1.	Jahressteuer	120
2.	Zwei Prinzipien der Periodenzurechnung	120
3.	Zufluss-Abfluss	120
4.	Vorausverfügungen.....	121
5.	Vorauszahlungen	121
6.	Abfluss.....	122
7.	Kurze-Zeit-Regel für regelmäßig wiederkehrende Einnahmen und Ausgaben	122
8.	Verteilung von Vorauszahlungen.....	123
9.	Erfolgsneutrale Vermögensumschichtungen	123
10.	Einnahmen-Ausgaben-Rechner (§ 4 Abs 3).....	125
11.	Nachzahlungstatbestände	127
12.	Schecks, Wechsel, Kreditkarten und Gutschriften	127
VI.	Die Gewinnermittlung durch Vermögensvergleich (Bilanzierung)	128
1.	Der Vermögensvergleich als Periodisierungsprinzip.....	128
2.	Entnahmen und Einlagen.....	128
3.	Betriebsvermögen und Privatvermögen	130
4.	Die Gewinnermittlungsarten	133
5.	Die doppelte Buchführung	141
6.	Die Grundsätze der Bilanzierung	141
7.	Die Bewertung (§ 6).....	151
8.	Absetzung für Abnutzung (§§ 7, 8 und 13).....	163
9.	Rückstellungen (§ 9)	172
10.	Übertragung stiller Reserven (§ 12)	176
11.	Forschungsprämien und Spendenabzug	178
12.	Investitionsprämie	179
13.	Der Gewinnfreibetrag (§ 10)	180
VII.	Personengesellschaften.....	183
1.	Das Durchgriffsprinzip.....	183
2.	Der Grundsatz der geringsten gewerblichen Tätigkeit.....	184
3.	Die „Bilanzbündeltheorie“ und Ergänzungsbilanzen.....	185
4.	Die Hinzurechnungsregel	195

5.	Die Abgrenzung von Mitunternehmerschaften	201
6.	Außerbetriebliche Personengesellschaften/Personengemeinschaften	203
7.	Die Einkünftefeststellung (§ 188 BAO).....	204
VIII.	Die beschränkte Steuerpflicht (§§ 98 ff).....	206
IX.	Doppelbesteuerungsabkommen	209
X.	Veranlagung	216
1.	Steuererklärungspflicht	216
2.	Veranlagung auf Antrag	217
3.	Antragslose Veranlagung	217
4.	Einkommensteuerbescheid	218
XI.	Finanzpolitische Einordnung	218
Die Körperschaftsteuer		
I.	Unbeschränkte und beschränkte Steuerpflicht	219
1.	Steuersubjekt	219
2.	Unbeschränkte und beschränkte Steuerpflicht	219
3.	Geschäftsleitung oder Sitz als Auslöser unbeschränkter Steuerpflicht	219
4.	Betriebe gewerblicher Art (BgA)	219
5.	Nichtrechtsfähige Zweckvermögen (§ 3)	223
6.	Zwei Arten der beschränkten Steuerpflicht	223
7.	Gemeinnützige und mildtätige Körperschaften sowie Kirchen und Religionsgemeinschaften.....	225
8.	Beginn und Ende der Steuerpflicht (§ 4).....	228
II.	Einkommen, Einkommensermittlung	229
1.	Periodenprinzip, Einkunftsart, Gewinnermittlung	229
2.	Einlagen und Einlagenrückzahlungen	229
3.	Offene und verdeckte Gewinnausschüttungen	233
4.	Die Einlage von Forderungen der Gesellschafter.....	238
III.	Beteiligungsertragsbefreiungen und Hinzurechnungsbesteuerung (§ 10 und § 10a).....	239
1.	Ausschüttungen innerhalb von Österreich	240
2.	Ausschüttungen vom Ausland nach Österreich.....	241
3.	Ausschüttungen von Österreich ins Ausland	251
4.	Hinzurechnungsbesteuerung	253
IV.	Die Gruppenbesteuerung (§ 9)	259
1.	Die individuelle Gewinnermittlung.....	260
2.	Die Gruppenmitglieder.....	260
3.	Der Gruppenträger.....	260
4.	Die qualifizierte Beteiligung	261
5.	Die Dauer der qualifizierten Beteiligung	263
6.	Die Mindestdauer der Unternehmensgruppe.....	264

Inhaltsverzeichnis

7.	Die Erfolgskonsolidierung	264
8.	Der Steuerausgleich.....	266
9.	Teilwertabschreibungen und Firmenwertabschreibungen (§ 9 Abs 7).....	268
10.	Der Gruppenantrag (§ 9 Abs 8).....	271
11.	Änderungen einer Unternehmensgruppe (§ 9 Abs 9).....	271
12.	Zwei Beispiele zur Gruppenbesteuerung – Voll- und Quotenkonsolidierung.....	272
V.	Sonderausgaben, Abzüge und Abzugsverbote	
	(§§ 8 Abs 4, 11 und 12)	273
1.	Sonderausgaben, Verlustabzug, Mantelkauf (§ 8 Abs 4).....	273
2.	Abzugsfähige Aufwendungen und Ausgaben (§ 11).....	275
3.	Nichtabzugsfähige Aufwendungen und Ausgaben.....	276
VI.	Privatstiftungen (§ 13).....	280
1.	Die Grundstruktur.....	280
2.	Die Stiftungseingangssteuer.....	280
3.	Die Art der Einkunftsermittlung.....	283
4.	Die Besteuerung	284
5.	Substanzauszahlungen.....	286
6.	Widerruf	286
7.	Die Vorteile in der laufenden Besteuerung.....	286
8.	Die Differenzierung zwischen Alt- und Neusubstanz.....	287
VII.	Hybride Gestaltungen	287
VIII.	Tarif und Veranlagung.....	289
1.	Linearer Regelsteuersatz (§ 22).....	289
2.	Freibetrag für gemeinnützige/mildtätige/ kirchliche Körperschaften (§ 23).....	289
3.	Sanierungsgewinne (§ 23a)	289
4.	Mindestkörperschaftsteuer (§ 24 Abs 4)	290
5.	Erklärung, Veranlagung, Vorauszahlungen	290
IX.	Finanzpolitische Einordnung	290
	Die Besteuerung von Personen- und Kapitalgesellschaften im Vergleich.....	291
	Der gesplittete Kapitalmarkt für Aktien/GmbH-Anteile.....	299

Das Umgründungssteuergesetz

I.	Formwechselnde Umwandlungen	300
II.	Die Gewinnrealisierung bei anderen Umwandlungen	301
III.	Die steuerlichen Erleichterungen nach dem Umgründungssteuergesetz.....	301
IV.	Einbringung (Artikel III).....	303
1.	Die Einbringung eines Einzelunternehmens in eine Kapitalgesellschaft.....	304
2.	Die Buchwerteinbringung	304

3.	Das Wahlrecht in der Unternehmensbilanz	310
4.	Die Kapitalrücklage	310
5.	Einlagenstand und Einlagenrückzahlung (§ 4 Abs 12 EStG).....	311
6.	Die zwei Schranken und die Aufspaltung des steuerlichen Eigenkapitals in die zwei Kategorien Einlage- und Gewinn-Kapital	311
7.	Die steuerlichen Anschaffungskosten der Gesellschaftsanteile des Einbringenden	313
8.	Die Ausschüttungssperre nach § 235 UGB	313
9.	Das Zurückbehalten von Wirtschaftsgütern	314
10.	Die „Hälfte-Buchentnahme“ (§ 16 Abs 5)	318
11.	Verträge zwischen dem Einbringenden und der übernehmenden Körperschaft (§ 18)	321
12.	Die dreifache Begünstigung von Einbringungen	322
13.	„Überentnahmen“	323
14.	Fristverletzungen	324
V.	Verschmelzung (Artikel I)	324
VI.	Spaltung (Artikel VI)	328
1.	Aufspaltung	329
2.	Abspaltung.....	330
VII.	Umwandlung (Artikel II).....	333
VIII.	Zusammenschluss (Artikel IV)	336
IX.	Realteilung (Artikel V).....	341
X.	Mehrfachzüge (§ 39).....	343
XI.	Vertragsübernahme und Nachfolge in lohnsteuerliche Verhältnisse (§§ 41 und 42).....	343
1.	Vertragsübernahme	344
2.	Nachfolge in lohnsteuerliche Verhältnisse	344
XII.	Anzeige- und Evidenzpflicht (§ 43).....	344
1.	Adressaten der Offenlegung	344
2.	Offenlegungsfrist	344
3.	Umgründungsevidenz auf Gesellschafterebene	345

Die Umsatzsteuer

I.	Das Besteuerungskonzept.....	346
II.	Mehrwertsteuer contra Bruttoumsatzsteuer	346
1.	Bruttoumsatzsteuer	347
2.	Nachteile der Bruttoumsatzsteuer	348
3.	Mehrwertsteuer.....	348
4.	Vorteile der Mehrwertsteuer	349

Inhaltsverzeichnis

5.	Nachteile der Mehrwertsteuer	350
6.	Systemwidrigkeit	350
7.	Merkmale der Umsatzsteuer	350
III.	Der Unternehmer (§ 2)	351
1.	Drei Merkmale	351
2.	Selbständigkeit	352
3.	Nachhaltigkeit	354
4.	Einnahmenerzielung und wechselseitige finale Verknüpfung	355
5.	Zinseinnahmen	356
6.	Ausschüttungen, Mitgliederpflege und Hoheitsverwaltung	356
7.	Liebhaberei	357
8.	Anlaufphase	359
9.	Juristische Personen und Personengesellschaften	360
10.	Körperschaften öffentlichen Rechts	360
11.	Weltunternehmer	361
12.	Organschaft	362
13.	Eine Kurzbeschreibung der Unternehmerqualität	364
IV.	Lieferungen und sonstige Leistungen (§§ 3, 3a)	365
1.	Lieferungen und sonstige Leistungen mit Leistungsort Österreich	365
2.	Die Bestimmung des Leistungsgegenstandes	365
3.	Leistungsaustausch oder Schadenersatz	372
4.	Leistungsaustausch oder Kräftebündelung im Sinn einer Leistungsvereinigung zur Verfolgung gemeinsamer Interessen	376
V.	Die Bemessungsgrundlage bei Lieferungen und sonstigen Leistungen (§ 4)	377
1.	Das Entgelt	377
2.	Entgeltsminderungen	378
3.	Entgelt von dritter Seite	378
4.	Pauschales Entgelt	379
5.	Die Differenzbesteuerung	381
6.	Der Normalwert	382
7.	Angemessene Entgelte bei einem Verstoß gegen das Verbot der Einlagenrückgewähr nach §§ 52 und 56 AktG/§§ 82 und 83 GmbHG	383
VI.	Der Eigenverbrauch	385
1.	Der Konsum von Unternehmern aus ihren Unternehmen	385
2.	Umsatzsteuer auf Kostenbasis („Kosten-USt“) für unentgeltlich erbrachte Lieferungen und sonstige Leistungen an Arbeitnehmer	387
3.	Umsatzsteuer auf Kostenbasis („Kosten-USt“) für unentgeltliche Lieferungen an Konsumenten	387
4.	Umsatzsteuer auf Kostenbasis („Kosten-USt“) für unentgeltliche Lieferungen an andere Unternehmer	388
5.	Keine Umsatzsteuer bei Begünstigungen der Allgemeinheit	388
VII.	Einführen	389

VIII. Der Leistungsort	389
1. Der Lieferort.....	389
2. Ort sonstiger Leistungen	395
IX. Der Vorsteuerabzug.....	399
1. Die Unternehmerkette	399
2. Drei Voraussetzungen	400
3. Die Zuordnung zur Unternehmenssphäre mit Vorsteuerabzug	401
4. Umsatzsteuerbefreiungen	408
5. Die Verwendung der Leistungsbezüge	410
6. Erleichterung des Vorsteuerabzugs bei Reisekosten (§ 13).....	417
7. Vorsteuerabzug nach Durchschnittssätzen (§ 14).....	417
8. Der doppelte Vorsteuerfilter bei Leistungsbezügen in einem anderen Mitgliedstaat (§ 21 Abs 9 und 11)	417
9. Leistungsaustausch und Vorsteuerabzug im Überblick.....	418
X. Rechnungen (§ 11)	419
1. Voraussetzung für den Vorsteuerabzug.....	419
2. Mehrwertsteuergerechte Rechnungen	419
3. Anzahlungen.....	421
4. Reverse Charge-Rechnungen (§ 11 Abs 1a und § 19 Abs 1 bis Abs 1e)	421
5. Kleinbetragsrechnungen (§ 11 Abs 6).....	422
6. Gutschriften (§ 11 Abs 7 und 8)	423
7. Unrichtiger USt-Ausweis	423
8. Berichtigung von unrichtigen Rechnungen.....	423
9. Unberechtigter Steuerausweis	425
10. Änderung der Bemessungsgrundlage (§ 16).....	425
11. Rechnungsberichtigung aufgrund von Entgeltsänderungen.....	426
12. Preisnachlassgutscheine/Preiserstattungsgutscheine.....	427
13. Einzweck- und Mehrzweck-Gutscheine.....	428
XI. Echte und unechte Befreiungen (§§ 6 ff).....	431
XII. Steuersätze (§ 10 UStG)	437
XIII. Die Binnenmarktregelung	440
1. Wegfall der Grenzen innerhalb der EU	440
2. Übergangsregelung für die Besteuerung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten	440
3. Innergemeinschaftliche Lieferungen und innergemeinschaftliche Erwerbe im Binnenhandel zwischen Unternehmern.....	440
4. Konsignationslagerregelung.....	447
5. Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (UID)	448
6. Ursprungslandprinzip bei Konsumenten	449
7. Innergemeinschaftlicher Versandhandel.....	450
8. Schwellenerwerber	451
9. Zusammenfassende Meldung (ZM)	453
10. Sonderfälle.....	454

Inhaltsverzeichnis

11.	Mini-One-Stop-Shops (§ 3a Abs 13 iV mit § 25a und Art 25a).....	455
XIV.	Das Einhebungsverfahren	456
XV.	Ausländische Unternehmer	459
1.	Die Einbehaltungspflicht nach § 27 Abs 4	459
2.	„Reverse Charge“ („Zahllastumkehr“) nach § 19 Abs 1	459
3.	Vorsteuerabzug für ausländische Unternehmer	460
4.	Eine Veranlagungspflicht schließt ein Erstattungsverfahren aus	461
XVI.	Finanzpolitische Einordnung.....	462

Die Grunderwerbsteuer

I.	Der Steuergegenstand	463
1.	Die Grunderwerbsteuerbaren Vorgänge (§ 1).....	463
2.	Inländische Grundstücke (§ 2)	468
3.	Ausnahmen von der Besteuerung (§ 3).....	468
II.	Die Bemessungsgrundlage (§§ 4 bis 6).....	470
	Übersicht über die GrESt-Bemessung	475
III.	Der Tarif (§ 7)	475
1.	Der Regelsteuersatz	475
2.	Der Stufentarif	475
3.	Das Stiftungseingangssteueräquivalent	476
4.	Gesellschafterwechsel bei Personengesellschaften nach § 1 Abs 2a und Erwerb von mindestens 95 % der Anteile oder des Vermögens einer Kapitalgesellschaft mit Grundbesitz	477
5.	Land- und forstwirtschaftliche Grundstücke beim Erwerb in der Familie	477
6.	Umgründungen nach dem Umgründungssteuergesetz	477
7.	Ratenzahlung auf Antrag	478
IV.	Steuerschuld und Steuerschuldner (§§ 8 ff).....	478
V.	Nichtfestsetzung oder Abänderung der GrESt (§ 17)	479
VI.	Verhältnis zur Umsatzsteuer	480
VII.	Finanzpolitische Einordnung	481

Die Eintragsgebühr nach TP 9 und §§ 26 und 26a GGG

I.	1,1 % vom Preis im gewöhnlichen Geschäftsverkehr oder vom dreifachen Einheitswert	482
II.	Die Grundregel: 1,1 % Gebühr für die Eintragung des Eigentums im Grundbuch vom gemeinen Wert.....	482

III.	Näherungswerte nach § 26 Abs 3	483
IV.	GrEst und Eintragungsgebühr	484
V.	Die Begünstigung mit dem dreifachen Einheitswert, maximal 30 % des gemeinen Wertes (§ 26a)	485
1.	Die begünstigte Familie.....	485
2.	Umgründungen, Realteilung, Erwerbe zwischen Gesellschaften und ihren Gesellschaftern, Anteilsanwachsung	485
3.	Formzwang.....	486

Die Meldepflicht für Schenkungen nach dem Schenkungsmeldegesetz 2008 (SchenkMG 2008)

I.	Die Aufhebung der Erbschafts- und Schenkungssteuer	487
II.	Die Meldepflicht für Schenkungen ab 1. August 2008 nach § 121a BAO	487
III.	Die sachliche Reichweite der Meldepflicht	488
IV.	Die persönlichen Meldepflichtkriterien.....	488
V.	Befreiungen	489
VI.	Die Anzeigepflichtigen.....	489
VII.	Keine Meldepflicht für Erwerbe von Todes wegen und für Grundstücksschenkungen	489
VIII.	Sanktionen bei einer Verletzung der Meldepflicht nach § 121a BAO	490

Die Gebühren nach dem GebG

I.	Die Gebührentatbestände im Überblick.....	491
1.	Feste Gebühren; Hundertsatzgebühren; Bogengebühren	491
2.	Die gebührenausschließenden Schriften und Amtshandlungen (§ 14)	491
3.	Die Gebühren für Rechtsgeschäfte.....	492

Die taxative Aufzählung der gebührenpflichtigen Rechtsgeschäfte in § 33.....	495
---	------------

II.	Befreiungen	499
III.	Die Gebühren im Verhältnis zu anderen Verkehrsteuern	499
IV.	Anzeigepflicht; Selbstberechnung.....	500
1.	Anzeigepflicht (§ 31).....	500
2.	Selbstberechnung.....	501
V.	Gebührenerhöhung (§ 9).....	501

Inhaltsverzeichnis

VI.	Verjährung	501
VII.	Keine Finanzstrafen	501
VIII.	Besteuerungswillkür und Erschwerung der Beweisvorsorge.....	501

Das Abgabenverfahren (BAO)

I.	Zuständigkeit	502
1.	Der organisatorische Aufbau der Bundesfinanzverwaltung	502
2.	Sachliche Zuständigkeit	503
3.	Örtliche Zuständigkeit.....	505
II.	Der Informationsfluss vom Abgabepflichtigen zur Abgabenbehörde	505
III.	Der Abgabenbescheid (§§ 92 ff)	509
1.	Schriftform	509
2.	Bescheidkopf.....	509
3.	Bescheidspruch.....	509
4.	Bescheidebegründung	510
5.	Rechtsmittelbelehrung.....	511
IV.	Der Auskunftsbeseheid (§ 118)	511
V.	Die begleitende Kontrolle (§§ 153a ff)	511
VI.	Die Beschwerde.....	512
1.	Beseheidzustellung.....	512
2.	Beseheidfrist	512
3.	Beseheidinhalt	513
4.	Keine aufschiebende Wirkung.....	514
5.	Aussetzung der Einhebung; Aussetzungszinsen, Beseheiddezinsen, Anspruchszinsen, Stundungszinsen.....	514
6.	Neues Vorbringen	515
7.	Beseheidvorentscheidungen	516
8.	Freie Beweisführung; freie Beweiswürdigung.....	518
9.	Die Maßnahmenbeseheid	519
VII.	Das Bundesfinanzgericht (BFG)	520
1.	Ein faires Verfahren.....	520
2.	Das BFG als vorlageberechtigtes Gericht nach Art 267 AEUV.....	522
3.	Einzelrichter oder Senat	522
4.	Mündliche Verhandlungen	523
5.	Erlöschen der Aussetzung der Einhebung.....	523
6.	Veröffentlichung der Entscheidungen	523
7.	Ende des ordentlichen Rechtszuges	523
8.	Außerordentlicher Rechtszug zum VwGH und/oder VfGH	523
VIII.	Revision an den Verwaltungsgerichtshof (Art 133 B-VG).....	524

1.	Die Revision	524
2.	Begrenzte Sachverhaltskontrolle.....	524
3.	Neuerungsverbot	525
4.	Revisionspunkte	525
5.	Entscheidungen	525
IX.	Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof (Art 144 B-VG) – Der Schutz in Grundrechten und eine effiziente Normenkontrolle.....	526
X.	Die Verjährung	529
1.	Die Festsetzungsverjährung/Bemessungsverjährung	529
2.	Die Einhebungsverjährung	530
3.	Streitanhängige Abgaben verjähren nicht.....	531
4.	Wiederaufnahme und Verjährung	531
XI.	Rechtskraftdurchbrechungen	532
1.	Bescheidaufhebung durch die bescheiderlassende Behörde (§ 299).....	532
2.	Ereignisse mit Rückwirkung für die Vergangenheit (§ 295a)	533
3.	Wiederaufnahme von Verfahren (§ 303)	535
XII.	Wiedereinsetzungsantrag.....	536
XIII.	Entscheidungspflicht/Recht auf Entscheidung.....	537
1.	Säumenisbeschwerde	537
2.	Die Aussetzung der Entscheidung.....	538
3.	Fristsetzungsantrag beim Verwaltungsgerichtshof.....	538
XIV.	Verfahrenskosten	538
XV.	Einheitliches Abgabenverfahren für Bundes-, Landes- und Gemeindeabgaben	539
Spezielle Verfahren zur Vermeidung einer internationalen Doppelbesteuerung		
I.	Verständigungsverfahren.....	540
II.	Schiedsklauseln der DBA.....	540
III.	Der EuGH als Hüter einer konsistenten Einmalerfassung in der Ertragsbesteuerung.....	541
IV.	Streitbeilegungsbeschwerden in der EU: Schiedsverfahren nach dem EU-Besteuerungsstreitbeilegungsgesetz (EU-BStbG)	542
V.	Eine alternative Streitbeilegung nach dem EU-BStbG.....	543
VI.	Kein faires Verfahren	543
VII.	Das Unionsrecht verpflichtet zu einem wirksamen Rechtsschutz	543

VIII. Die begrenzte Rechtskraft der Entscheidungen nationaler Gerichte.....	544
IX. Internationale Schiedsgerichte mit einer umfassenden Rechtskraftwirkung für Abgabepflichtige und Staaten.....	544
Digitalsteuer.....	546
Meldepflicht für grenzüberschreitende Gestaltungen.....	548
Verzeichnis der verarbeiteten EuGH-Judikatur.....	549
Stichwortverzeichnis.....	555